

Konsequent für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit

**Sehr geehrte Lehrerinnen und Lehrer,
sehr geehrte Eltern,
liebe Schülerinnen und Schüler,**



wie auch in den vergangenen Jahren möchten wir Sie als GRÜNE Fraktion im Landtag auch zu

Beginn dieses Schuljahres über unsere Bildungspolitik informieren.

Die Legislaturperiode ist mittlerweile in der Halbzeit angekommen und wir konnten schon viele unserer Vorhaben in die Tat umsetzen bzw. die Weichen in die richtige Richtung stellen. Wir haben einen bewussten Schwerpunkt auf mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit gelegt. Denn das Ziel grüner Bildungspolitik ist und bleibt, dass alle Schülerinnen und Schüler ihre Talente und Fähigkeiten entfalten können – unabhängig vom sozialen Hintergrund oder dem Geldbeutel der Eltern.

Um mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit zu erreichen, investieren wir besonders in folgende Bereiche: Den Ausbau des Ganztagsangebots, die Umsetzung von Inklusion, die Lehrerzuweisung nach Sozialindex und die Deutschförderung. Insgesamt wurden für diese vier Bereiche seit unserer Regierungsbeteiligung über 2300 Lehrerstellen zur Verfügung gestellt.

Im Einzelnen bedeutet dies:
+ 596 Stellen für das Ganztagsschulprogramm und den Pakt für den Nachmittag
+ 1150 Stellen für Deutschfördermaßnahmen für Flüchtlinge und Zuwanderer
+ 445 Stellen für die Umsetzung von Inklusion
+ 180 Stellen für die Lehrerzuweisung nach Sozialindex

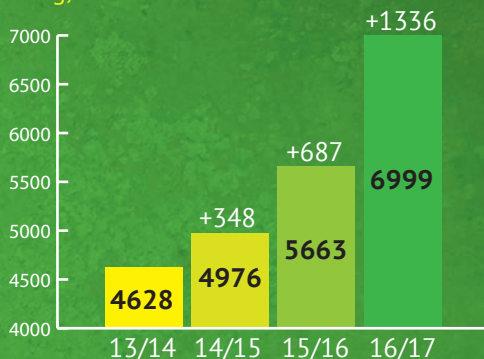
Natürlich bleibt auch noch eine Menge zu tun, aber die Ausstattung der hessischen Schulen zum neuen Schuljahr lässt sich auch und gerade im Vergleich zu anderen Bundesländern sehen. Der Grundunterricht wird durch 38.000 Lehrerstellen vollständig abgedeckt. Das gilt in Hessen als normal und selbstverständlich. Schaut man in unser Nachbarland Rheinland-Pfalz, so will die dortige Regierung laut dem dortigen Koalitionsvertrag diese 100 prozentige

Unterrichtsabdeckung in den nächsten Jahren erst noch erreichen. Auch bei der Lehrerzuweisung über den unmittelbaren Bedarf hinaus setzt Hessen mit der 105-prozentigen Lehrerzuweisung im Landesschnitt bundesweite Maßstäbe. Darüber hinaus stehen insgesamt fast 7.000 weitere Stellen für die Bereiche Deutschförderung, Ganztags, Inklusion und Sozialindex für die Schulen zur Verfügung.

Angesichts der vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen, vor denen unsere Schulen stehen, ist selbstverständlich jeder weitere Euro für die Verbesserung der Ausstattung der Schulen oder zur Reduzierung der Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer gut investiertes Geld. Deshalb werden wir unseren eingeschlagenen Kurs auch in den kommenden Jahren konsequent fortsetzen. Denn wir wissen, dass eine gute Bildung den Grundstein zu einem eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Leben legt und somit ein Schlüssel für eine gerechte Gesellschaft ist, an der alle teilhaben können.

Entwicklung Stellenzuweisungen in den Schwerpunktbereichen

Ganztagsschulprogramm, Deutschförderung, Inklusion und Sozialindex



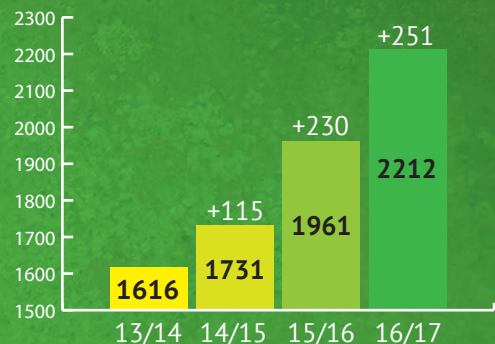

Mathias Wagner,
Fraktionsvorsitzender und
bildungspolitischer Sprecher

Ausbau des Ganztagsprogramms gewinnt deutlich an Tempo

Seit 2014 hat der Ausbau des Ganztagserschulungsprogramms deutlich an Tempo gewonnen. Im vergangenen Schuljahr standen 230 Stellen zusätzlich für den Ausbau der Ganztagsangebote zur Verfügung. Das waren doppelt so viele wie in früheren Jahren. Im laufenden Schuljahr ist das Ganztagserschulungsprogramm sogar um 251 Stellen verstärkt worden. Einen so starken Ausbau hat es bislang in Hessen nicht gegeben. Dabei setzen wir einen bewussten Schwerpunkt auf die Grundschulen. Denn zum einen ist hier der Aufholbedarf in Bezug auf ganztägig arbeitende Schulen am Größten. Zum anderen bringt gerade in der Grundschule mehr Zeit zum Lernen und für individuelle Förderung besonders viel, um unterschiedliche Startbedin-

gungen von Schülerinnen und Schülern pädagogisch bearbeiten zu können. Erstmals sind mehr als die Hälfte aller Grundschulen im Ganztagserschulungsprogramm. Mit dem Pakt für den Nachmittag wollen wir schrittweise dafür sorgen, dass es an allen Grundschulen ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsprogramm von 7.30 bis 17.00 Uhr gibt. Außerdem konnten für das Schuljahr 2016/17 auch alle Anträge von Grundschulen auf Umwandlung in eine rhythmisierte Ganztagserschulung nach Profil 3 genehmigt werden. Der Pakt für den Nachmittag und das Konzept der rhythmisierten Ganztagserschulung schließen sich also nicht aus, wie das teilweise behauptet

Stellenzuweisung Ganztagserschulungsprogramm



wird. Im Gegenteil: Schon immer war es so, dass Schulen zunächst Erfahrungen mit der ganztägigen Arbeit gesammelt und dann entschieden haben, ob sie sich zu einer rhythmisierten Ganztagserschulung weiterentwickeln wollen.

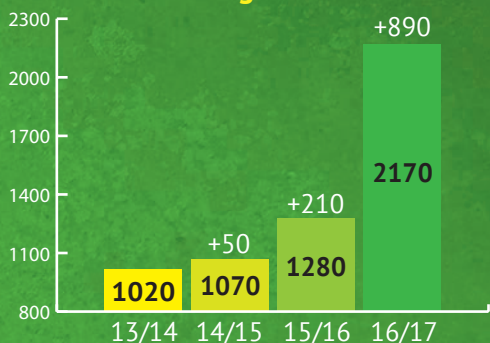
Verdopplung der Lehrerstellen für die Deutschförderung

Durch die große Zahl an Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten, sind wir in diesem Bereich besonders gefordert. Bildung ist der Schlüssel zu Integration, daher ist es wichtig,

dass die geflüchteten Kinder schnell die deutsche Sprache erlernen und am Unterricht in den Schulen teilnehmen können. Wir werden unserer Verantwortung für eine gelungene schulische Integration gerecht und haben seit dem vergangenen Schuljahr nochmals 890 Stellen geschaffen. Damit hat sich die Stellenzahl, die für die Deutschförderung bereit steht, seit Beginn der Legislaturperiode mehr als verdoppelt. Die Landesregierung geht die Herausforderung, die Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger möglichst schnell an den Schulen zu integrieren,

mit zahlreichen Maßnahmen an. Dazu gehören die Intensivkurse und -klassen an allgemeinbildenden Schulen ebenso wie etwa die Deutsch&PC-Kurse, Vorlaufkurse oder die InteA-Klassen. In diesen Klassen für Integration und Abschluss erhalten Jugendliche zwischen dem 16. und 20. Lebensjahr an den berufsbildenden Schulen neben Deutsch- auch Fachunterricht und werden auf ihrem Weg in eine Ausbildung von Sozialpädagoginnen und -pädagogen betreut. Auch die Anzahl dieser Klassen werden wie die Deutschklassen an allgemeinbildenden Schulen je nach Bedarf aufgestockt.

Stellenzuweisung Deutschförderung

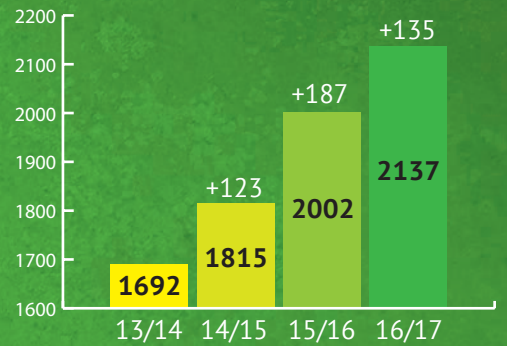


Fast gleich viele Lehrkräfte im inklusiven Unterricht wie an Förderschulen

Wir wollen den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen von der Ausnahme zur Regel zu machen. Diesem Ziel sind wir mit diesem Schuljahr wieder ein gutes Stück näher gekommen. Erstmals sind im inklusiven Unterricht fast genauso viele Lehrkräfte im Einsatz wie an den Förderschulen. Möglich ist dies, weil wir seit 2014 für den Bereich Inklusion 445 zusätzliche Stellen bereitgestellt haben. Mit den in diesem Schuljahr in einigen Schulamtsbezirken beginnenden inklusiven Schulbündnissen setzen wir diesen Weg konsequent

fort. Durch diese Bündnisse wird die bisherige Deckelung der Ressourcen für den inklusiven Unterricht aufgehoben. Stattdessen ist für die Verteilung der Lehrerstellen zwischen Förderschulen und inklusivem Unterricht der Elternwunsch die Grundlage. So wollen wir erreichen, dass möglichst kein Antrag auf inklusive Beschulung mehr abgelehnt werden muss. Bis zum Schuljahr 2018/19 sollen die inklusiven Schulbündnissen in allen Schulamtsbezirken umgesetzt sein.

Stellenzuweisung inklusiver Unterricht



Wir wissen, dass gerade in diesem Bereich noch eine Menge zu tun bleibt, aber die Richtung stimmt.

Sozialindex weiter gestärkt

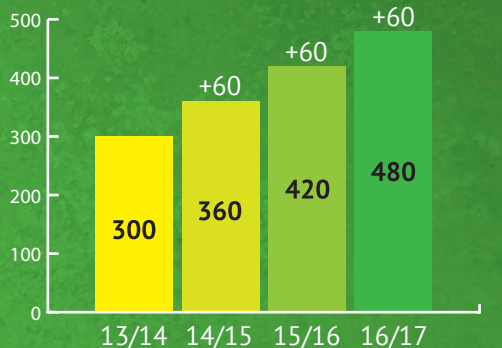
Die Nachbarschaft oder der Stadtteil, in denen Schulen sind, haben einen großen Einfluss auf die Schülerschaft. Es ist klar, dass in sogenannten „sozialen Brennpunkten“ in Städten andere Herausforderungen bewältigt werden müssen, als in wohlhabenden oder ländlichen Regionen. Schulen, die in sozial benachteiligten Gebieten arbeiten, verdienen für ihre besonders anspruchsvolle Arbeit daher auch eine besondere Unterstützung. Für jede Schule wird dafür ein sogenannter Sozialindex berechnet, in den der Anteil an Zuwanderern in einer Gemeinde, der Anteil der Sozialhilfeempfänger, der Arbeits-

losenanteil sowie der Anteil der Einfamilienhäuser eingehen. Mithilfe dieses Indikators wird die soziale Lage beschrieben und anhand dieses Wertes bekommen die Schulen eine gesonderte Zuweisung an Lehrer-

stellen. Schon im Schuljahr 2014/15 erhielten so weit über 600 Schulen eine bessere Ausstattung mit Lehrerstellen.

Wir haben die Lehrerzuweisung nach dem Sozialindex konsequent gestärkt und haben dafür seit Beginn der Legislaturperiode 180 zusätzliche Stellen bereit gestellt. Unser Ziel ist es, am Ende der Legislaturperiode die Stellenanzahl verdoppelt und um insgesamt 300 Stellen ausgeweitet zu haben. Der Sozialindex ist für uns GRÜNE ein wichtiger Baustein bei der Herstellung von mehr Bildungsgerechtigkeit.

Stellenzuweisung Sozialindex



Vollständige Binnendifferenzierung an Integrierten Gesamtschulen

Wir GRÜNE setzen uns schon lange für längeres gemeinsames Lernen ein. Im Koalitionsvertrag haben wir daher verankert, dass die Integrierten Gesamtschulen (IGS) die Möglichkeit erhalten, vollständig ohne Aufteilung in Kursen zu unterrichten. Dieses pädagogische Konzept des komplett binnendifferenzier-ten Unterrichts wurde in anderen Bundesländern unter dem Namen Stadtteilschule, Sekundarschule oder Gemeinschaftsschule bereits erfolgreich umgesetzt. In Hessen können alle integrierten Gesamtschulen diesen Ansatz ab dem Schuljahr 2017/18 umsetzen. Hierzu wird in den nächsten Monaten das Schul-

gesetz entsprechend geändert. Um bereits jetzt ersten Schulen diese Möglichkeit zu eröffnen, startet in diesem Schuljahr ein Modellversuch, bei dem genau diese Differenzierung nach Kursen in den IGSen entfällt. Damit dieses anspruchsvolle pädagogische Konzept verwirklicht werden kann, wird die Klassenhöchstgrenze auf 25 Schülerinnen und Schülern reduziert. Insgesamt zwölf integrierte Gesamtschulen können bereits in diesem Schuljahr dieses Konzept des längeren gemeinsamen Lernens umsetzen. Mit der Schulgesetznovelle wird diese Möglichkeit dann ab dem Schuljahr 2017/18 für alle IGSen bestehen.



Islamischer Religionsunterricht wird ausgebaut

Mit dem neuen Schuljahr erhöht sich auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die am islamischen Religionsunterricht teilnehmen von über 2000 auf über 3000. In 56 Grundschulen gibt es dann das Angebot, das in den vergangenen Jahren mit den Schülerinnen und Schülern in den Klassenstufen aufgewachsen ist.

Im kommenden Schuljahr wird der Unterricht dann auch auf die weiterführenden Schulen ausgedehnt. Wir sind der festen Überzeugung, dass der islamische Religionsunterricht unter Aufsicht und in Verantwortung des Staates ein wichtiger Beitrag zur Integration ist. So wie es evangelischen und katholischen

Bildungspolitiker der Fraktion



Mathias Wagner

Fraktionsvorsitzender
Bildungspolitischer Sprecher

Tel.: 0611 / 350 746
m.wagner@ltg.hessen.de
mathiaswagner.de



Daniel May

Sprecher für Wissenschaft,
Forschung und Hochschulen

Tel.: 0611 / 350 794
d.may@ltg.hessen.de
daniel-may.de

Impressum

Herausgeberin:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
V.i.S.d.P.: Angela Dorn,
Parlamentarische Geschäftsführerin
Gestaltung und Layout: Till Haupt
Bilder: Titel - Sunny studio/Fotolia
S. 2-3 - Prouche/Fotolia

Religionsunterricht gibt, sollen auch Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens ein schulisches Angebot haben. Der islamische Religionsunterricht leistet auch einen Beitrag dazu, das Vermitteln des Islams eben nicht selbsternannten Predigern zu überlassen, die die Religion für ihre Zwecke missbrauchen.